

Auer Tageblatt

Die Verkäufe nehmen die Anzahl, und für Auswärtige die Postanschriften entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Abdruckkosten für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 30 Pfennige. Restausgaben 10 Pfennige, auswärts 15 Pfennige. Sonstige Preise 10 Pfennige.

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 54

Dienstag, den 5. März 1929

24. Jahrgang

Die Regierung bleibt

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten.
Keine Umwälzung der Reichsregierung.

Der Reichskanzler berichtete am Sonnabendvormittag dem Reichspräsidenten über seine Bemühungen, eine Regierung auf breiter Grundlage zu schaffen; nach den Verhandlungen mit den beteiligten Fraktionen habe er feststellen müssen, daß zurzeit eine solche Umwälzung der Reichsregierung nicht möglich ist. Der Reichskanzler schlug daher dem Reichspräsidenten vor, daß die Reichsregierung ohne Veränderung ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung im Amt bleibe. Der Reichspräsident stimmte diesem Vorschlag zu.

Die Genfer Ratstagung

Zu der am Montag vormittag um 11 Uhr beginnenden 54. Ratstagung sind im Laufe des Sonntags sämtliche Ratstagungsmitglieder mit ihren Rechtsberatern und Sachverständigen in Genf eingetroffen. Da die meisten Delegierten erst mit den Abendzügen ankamen, verlief der Sonntag, der von den Mitgliedern der deutschen Delegation zu kurzen Ausflügen oder Arbeiten benutzt wurde, ohne besondere Besprechungen.

Allerdings stattete das kanadische Ratstagungsmitglied Danburand dem englischen Außenminister Chamberlain einen Besuch ab, dessen Gegenstand die kanadischen Vorschläge zur Verbesserung des Verfahrens bei Behandlung der Minderheitenbeschwerden durch den Rat waren. Diese Vorschläge betreffen die Einsetzung eines besonderen Ratstagungskomitees, in dem sämtliche Ratsmächte vertreten sein sollen anstelle des bisherigen Zweierkomitees. Ferner soll durch die Verbesserung des bisherigen Verfahrens Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Minderheitenpetitionen innerhalb bestimmter Fristen entweder durch direkte Verhandlungen mit der zuständigen Regierung bereinigt werden oder aber automatisch an den Völkerbundrat gelangen, wobei ebenfalls in Abänderung des bisherigen Verfahrens — die beschwerdeführende Minderheit über das Schicksal der Petitionen und über die Gegenargumente ihrer Regierung genau unterrichtet werden soll. Man nimmt an, daß diese Vorschläge wie auch der grundsätzliche deutsche Antrag „Garantien des Völkerbundes für die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten“ am nächsten Mittwoch zur öffentlichen Aussprache stehen werden.

Am Vorabend der neuen Ratstagung ist das allgemeine Interesse auf diese beiden Anträge konzentriert, die zusammen mit sechs Petitionsfällen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland das Hauptthema der Frühjahrssession des Völkerbundrates bilden.

Chamberlain nach Genf abgereist

Chamberlain ist zur Teilnahme an der Tagung des Völkerbundrates nach Genf abgereist.

Aufdeckung einer antisowjetistischen Fälscherzentrale

Eine sowjetfeindliche Fälscherzentrale, in der ganz große Politik gemacht wurde, und in der gefälschte Dokumente hergestellt wurden, die von Berlin aus über Paris ihren Weg nach den Vereinigten Staaten nahmen, ist am 28. Februar von der politischen Polizei in Berlin aufgehoben worden. Es wurden in dieser Angelegenheit vier Personen festgenommen, von denen drei ehemalige russische Staatsangehörige sind, und zwar ein ehemaliger Angestellter der Vertretung der ukrainischen Republik in Berlin namens Sumarow, ein ehemaliger Untersuchungsrichter der zaristischen Obruna, ein ehemaliger russischer Staatsrat namens Wladimir Orloff, der russische Baron Sergei Ruesler und die Freundin Sumarow, ein Fräulein Veretud Gämmler aus Berlin. Orloff und Sumarow haben bereits ein Geständnis abgelegt. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung Orloffs hat ein geradezu riesenhaftes Material zutage gefördert, das erkennen läßt, daß es sich um eine besonders raffiniert arbeitende Werkstatt zur Fälschung politischer Dokumente handelt. Die Sichtung des Materials wird, einer Berliner Korrespondenz zufolge, noch mehrere Tage in Anspruch nehmen und noch große Überraschungen bringen. Es ist bereits festgestellt worden, daß aus dieser Werkstatt die 15 Dokumente stammen, mit denen verächtet worden ist, einen politischen Feldzug gegen die amerikanischen Senatoren Borah und Norris ins Werk zu setzen. Wie bekanntlich, hatte man versucht, zu behaupten, daß beide Senatoren von der Sowjetregierung im Geheimen unterstützt worden seien.

Eine sensationelle Verhaftung

Der geheime französisch-belgische Vertrag eine Fälschung

Nachdem die „Nation Belge“ in Brüssel einen gewissen Albert Frank als den Fälscher der angeblichen Geheimverträge bezeichnet hatte, veröffentlicht nunmehr das Pariser „Journal“ Einzelheiten über das Verbrechen, das der bei seiner Ankunft in Brüssel verhaftete Frank abgelegt haben soll. Er habe unumwunden zugegeben, daß er das vom „Unrechtl. Dagblad“ veröffentlichte Dokument gefälscht habe. Frank habe erklärt: „Ich habe mich eines alten, lange Zeit vor dem Kriege zwischen zwei Staaten abgeschlossenen Vertrages bedient. Es handelt sich nicht etwa um einen Vertrag zwischen Belgien und Frankreich. Ich brauchte nur am Text gewisse Änderungen vorzunehmen, um ihn der besonderen Lage Frankreichs und Belgiens anzupassen. Die Protokolle über die zwischen Vertretern der Generalstäbe abgehaltenen Besprechungen habe ich gleichfalls bei diesem alten Vertrag gefunden. Ich glaube nicht, ein großes Verbrechen begangen zu haben. Ich habe weder Frankreich noch Belgien verkauft, sondern

einfach meinen Käufer hineingelegt,

und das ist doch schließlich eine banale Betrügerei. Dieser Käufer ist ein fremder Journalist gewesen, der die Dokumente an die Utrechter Zeitung weitergegeben hat.“ Weitere Erklärungen lehnte Frank ab mit der Begründung, daß er zu müde sei. Er wurde ins Gefängnis übergeführt. Die weitere Vernehmung soll heute erfolgen.

„Journal“ veröffentlicht ferner

den Roman des Lebens von Albert Frank,

der fast unglücklich klingt. Frank sei der Sohn eines holländischen Juden und einer Deutschen. Er wolle mütterlicherseits von Heinrich Heine abstammen. Er habe für die belgische Nationalität optiert, sei danach aber in die deutsche Marine eingetreten, desertiert und nach Argentinien geflüchtet. Was er dort getrieben habe, wisse man nicht. Bei Ausbruch des Krieges sei er nach Europa zurückgekehrt. Im Jahre 1915 sei er in London aufgegriffen. Im Dezember dieses Jahres sei er von einem englischen Gericht wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden und nach Verbüßung der Strafe aus England ausgewiesen worden. Er sei dann nach Belgien gekommen und in das belgische Heer eingetreten. Er habe es verstanden, in der Stuppe zu bleiben und schnell Unteroffizier zu werden. In Paris sei er jedoch erkannt und als Deutscher angezeigt worden. Man habe ihn aus dem Heere ausgeschlossen und in ein Internierungslager gebracht, aus dem er entwichen sei. Nach England zurückgekehrt, sei er dort wiederum verhaftet und wegen Verstoßes gegen den Ausweisungsbefehl mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden. Nach Verbüßung dieser neuen Strafe sei er von den englischen Behörden aufs neue ausgewiesen worden. Sofort nach dem Waffenstillstand sei er nach Belgien gekommen. Anfang 1919 sei er in Brügge als Kasseier bei einer religiösen Vereinigung tätig gewesen. Dieses Postens bald emhoben, sei er in Löwen Bibliothekar bei den Jesuiten geworden. Hier jedoch sei er in flagranti bei der Anwendung von Büchern ertappt und dazugelegt worden. Kurze Zeit darauf sei es ihm in Antwerpen gelungen, bei der Bibliothek des Palais de Justice angestellt zu werden. Aber auch diesen Posten mußte er wegen Diebstahls von Büchern aufgeben. In Paris wurde er dann dreimal in der Zeit vom Dezember 1919 bis Mai 1920 wegen Diebstahls, Fälschungen, Betruges und unerlaubten Tragens von Ehrenzeichen verurteilt. Nach Verbüßung der verschiedenen Strafen sei er in die Antwerpener Redaktion der Zeitung „Republik“ eingetreten. In Antwerpen habe er das Wohlwollen eines kürzlich verstorbenen Generals gewonnen, bei dem er sich die Papiere habe verschaffen können, die ihm später die Herstellung der gefälschten Dokumente ermöglichten. Aber auch in dieser neuen Tätigkeit habe er kein Glück gehabt. Er wurde entlassen.

Im Laufe seiner Vernehmung behauptete Albert Frank, das von dem Utrechter Dagblad veröffentlichte Dokument sei eine plumpe Umänderung eines alten Vertrages zwischen Frankreich und Rußland, der von der Sowjetregierung bekanntgegeben worden sei. Er habe sich mit slawischen Altwissen in

Verbindung gesetzt und durch Vermittlung von Waard Derromans, eines Redakteurs der Zeitung „Schelde“, sei das Dokument nach Utrecht verkauft worden. — Gegen Derromans ist ein Haftbefehl erlassen worden, der aber noch nicht ausgeführt werden konnte.

Das „Geständnis“ Franks eine belgische Maché?

Im Berliner „Montag“ und in der „Montagspost“ werden die Erzählungen des angeblichen Kriegspatschäfers Frank-Heine mit großer Skepsis aufgenommen. Die „Montagspost“ erklärt: „Man muß die verdächtig schnelle und ausführliche Verichterstattung aus Belgien mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen, denn man ist dort an der Angelegenheit nur allzu sehr interessiert. Es muß auch auffallen, daß Frank-Heine, dessen Name seit Tagen im Zusammenhang mit der Utrechter Veröffentlichung genannt wird, und nach dem man in Brüssel fahndete, ganz sorglos nach Brüssel gefahren sein soll, denn er mußte dort mit seiner sofortigen Verhaftung rechnen.“

Der „Montag“, der Frank-Heine als einen jener zwischen den Staaten stehenden Leute bezeichnet, die sich ohne irgendwelche Beziehung in der politischen Richtung an alle wenden, bei denen Geld zu erwarten ist, weist auf den gleichen Umstand hin und verlangt auch noch in einem zweiten Punkt von der belgischen Regierung Klarstellung: der angebliche Fälscher hat in der Nacht zum Sonntag ein Geständnis abgelegt, wonach er seinen Vertrag einem Büro in Mülheim zum Kauf angeboten haben will. Woher mußte nach diesem „Geständnis“ in der Nacht zum Sonntag die „Nation Belge“ bereits am Sonnabendabend, als Frank-Heine noch gar nicht verhaftet worden war und erst in Amsterdam den Schnellzug bestieg, daß er für das Dokument 100 000 RM erhalten habe, und zwar von deutscher Seite? Die „Nation Belge“ scheint nicht ganz auf den richtigen Zeitpunkt der Verhaftung von Frank-Heine gewartet zu haben. Das Blatt fragt: Sollte die belgische Regierung eine etwas plumpe Regie gemacht haben? Frank-Heine könne natürlich in Belgien ziemlich hoch bestraft werden, aber Gefängnisstrafen sind ihm nicht ungewohnt, und es gibt Leute, die sich für so etwas bezahlens lassen.

Ein amtlicher Schritt der belgischen Regierung in Berlin

Der belgische Gesandte in Berlin hat im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt die Echtheit der vom Utrechter Tageblatt veröffentlichten Dokumente vorbehaltlos und kategorisch in Abrede gestellt und dabei erklärt, daß die angebliche Konferenz zwischen dem belgischen und französischen Generalstab vom 7. bis 12. September 1927 niemals stattgefunden hat. Der Gesandte hat bei dieser Gelegenheit die Erklärungen noch einmal ausdrücklich bekräftigt, daß der belgische Außenminister in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 28. Februar ds. J. in der Angelegenheit bereits abgegeben ist.

Das Kabinetts des Präsidenten Hoover

Nach einer vom Büro des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, ausgegebenen Liste setzt sich das neue Kabinetts wie folgt zusammen: Das Staatssekretariat übernimmt der bisherige Gouverneur der Philippinen, Henry Stimson — die inneren Angelegenheiten der Präsident der Stanford Universität, Hyman Wilson, der Bruder des bisherigen Marinefeldmarschalls — das Kriegssekretariat der frühere Vorsitzende des Finanzausschusses im Repräsentantenhaus, James Good — das Marinesekretariat Rechtsanwaltschaft Francis Adams, der unter seinen Vorfahren zwei Präsidenten der Vereinigten Staaten zählt — die Justiz übernimmt der bisherige Chief Solicitor, William Mitchell — die Post der bisherige stellvertretende Handelssekretär Walter Brown — das Handelssekretariat des Präsidenten der America Steel Com-

panies, Chicago, Patterson Lamont, ein bekannter Wirtschaftsführer des mittleren Westens — die Landwirtschaft der frühere Gouverneur von Missouri, Arthur Hyde. Aus dem bisherigen Kabinetts werden übernommen: Schatzsekretär Mellon und der Arbeitsminister James Davis. Der bisherige Staatssekretär Kellogg ist, wie verlautet, bereit, das Amt bis zum Eintreffen Stimsons vorläufig weiterzuführen.

Noch keine Entscheidung über Trozki Einreisegesuch

Das Kabinetts, das über die Einreise Trozki nicht ohne den Außenminister nicht eine Entscheidung treffen dürfte, hat sich bisher mit dem Fall Trozki noch nicht abschließend beschäftigt, jedoch die Entscheidung darüber, ob Trozki Einreisegesuch genehmigt werden soll oder nicht, erst nach der Rückkehr des Außenministers aus Genf fallen dürfte. Das schließt natürlich nicht aus, daß man in der Zwischenzeit sich noch Klarheit zu verschaffen suchen wird über die ja noch immer recht unübersichtliche Klippe Trozki.